

02.01.1984

Gute Soldaten, deutsche Kameraden

SPIEGEL-Report über die deutschen Zivilbeschäftigten der US-Armee *

Unter den zwanzig größten Arbeitgebern der Bundesrepublik Deutschland, öffentlicher Dienst nicht gerechnet, rangiert zwischen RWE und Opel an sechzehnter Stelle eine Firma, deren Kürzel außerhalb der Militärbranche kaum jemand kennt: USAREUR, die US Army in Europa.

Deutsche Zivilbeschäftigte sprengen den Rasen vorm Heidelberger USA-REUR-Hauptquartier, verkaufen Hot dogs und Coke in Snackbars und Militärkantinen, bewachen Kasernen, Fuhrparks und Munitionsdepots. Sie reparieren Panzer und Personenwagen, bauen Rollbahnen für die Luftwaffe, mischen die Töne des Soldatensenders AFN, backen Brötchen für die GIs und frisieren deren Frauen.

Seit mehr als drei Jahrzehnten geben amerikanische Militärs "Brot und Lohn", wie ein offiziöses Blatt der deutschen Hilfstruppe dankbar notiert - in Fürth beispielsweise, wo die örtliche "military community" der US-Armee

laut ÖTV-Geschäftsführer Rudolf Hartosch "längst zum Arbeitgeber Nummer eins" geworden ist; oder in Miesau, dessen amerikanisches Armee-Depot in dem vom 21. US-Versorgungskommando als "Werkszeitung" herausgegebenen "USAREUR-Echo" als "einer der wichtigsten und größten Arbeitgeber im westpfälzischen Raum" gerühmt wird.

Auch in West-Berlin, wo die industriellen Arbeitsplätze mittlerweile rascher abgebaut werden, als die Rentner sterben, behaupten alle drei Alliierten gemeinsam schon seit Jahren mit rund 11 000 Zivilbeschäftigten ihren Platz als drittgrößter Arbeitgeber der Stadt - nach Siemens und den Berliner Verkehrs-Betrieben. Doch während in Berlin Amerikaner, Briten und Franzosen originäre Besatzungsrechte ausüben, sind Rechte und Pflichten gegenüber ihrem bundesdeutschen Troß nach dem Nato-Truppenstatut von 1951 sowie einem Ende der fünfziger Jahre vereinbarten Zusatzabkommen geregelt. Danach können Stationierungstreitkräfte im Aufnahmeland auf eigene Rechnung zivile Bedienstete anwerben, die einerseits "in keiner Beziehung als Mitglieder dieser Truppe", andererseits aber auch "nicht als im deutschen öffentlichen Dienst" Tätige gelten dürfen.

Das kleinste Kontingent an deutschem Personal unterhalten gegenwärtig die kanadischen Militärs (1000 Beschäftigte), gefolgt von Belgien (1900), Frankreich (6700) und Großbritannien (24 000). Mit Abstand die meisten Bundesbürger stehen auf den Lohn- und Gehaltslisten der US-Militärs: 65 000 Frauen und Männer, die ihr Arbeitgeber im fernen Pentagon laut Zusatzabkommen zum Nato-Truppenstatut "nur zu Diensten nichtsoldatischer Art, einschließlich ziviler Wachdienste" verwenden darf.

Dieser zivile Status ist für das Gros der deutschen Beschäftigten kaum bezweifelbar. Sie werden, oft genug durch Arbeitsämter vermittelt, von den US-Truppen an den jeweiligen Standorten als LNs (local nationals) eingestellt und arbeiten in örtlichen Armee-Dienststellen oder für Einrichtungen, die vom "Army and Air Force Exchange Service" (AAFES) in den Kasernen und US-Siedlungen unterhalten werden: in Warenhäusern, Hotels, PX-Läden, Reparaturwerkstätten oder Snackbars.

Doch fast jeder fünfte vom US-Militär beschäftigte Deutsche dient bei einer speziellen Organisation, deren Namen zwar ebenfalls Ziviles suggeriert, deren Praxis jedoch oft mindestens militärähnlich ist. 12 000 Bundesbürger gehören zu den "Civilian Support Groups" (CSG). Wer dort anheuert,

* kann laut Arbeitsvertrag "jederzeit und an jedem Ort innerhalb der Bundesrepublik Deutschland entsprechend den Erfordernissen der (US-) Streitkräfte verwendet werden";

* hat "während der Arbeitszeit die jeweils vorgeschriebene Dienstbekleidung zu tragen";

* und muß sich "durch sein Auftreten und seine äußere Erscheinung in den Rahmen der Organisation einordnen".

Die Effektivität dieser als zivil deklarierten Zuarbeit von Deutschen für amerikanische

Militärbelange beruhe, so formuliert sibyllinisch ein internes CSG-Papier, auf "einer modernen technischen, vielseitig spezialisierten Organisation".

Allein 15 CSG-Wacheinheiten hüten an 40 Orten der Bundesrepublik amerikanische Ausrüstungslager, Nachrichtenstationen, Depots, Hauptquartiere und Kasernen. "Größte Einzelaufgabe" - so eine CSG-Selbstdarstellung - ist "die Bewachung konventioneller Munition". Lediglich US-Militärgefängnisse, Militärgerichte und "besonders gesicherte Räume" sind nicht in die Obhut der deutschen Unterstützer gegeben.

Andere Civilian-Support-Gruppen, meist in Kompaniestärke, fungieren als Schwimmbrücken-Einheiten, die regelmäßig mit ins Manöver ziehen und wohl im Ernstfall mit ihren Pontons ganz vorn zu sein hätten. Auch die einzige aktive Vernebelungseinheit der US-Armee ist eine Legion aus Einheimischen: das 6900. Smoke Generator Center mit Sitz in Mannheim, vier unterstellten Einheiten und 411 deutschen "Zivilisten" Gesamtstärke.

Als traditionsreichste Untergliederung mit der ausgeprägtesten Kameraderie gelten die rund 1000 "Dickhäuter" von der 6970. CSG, die unter Aufsicht der 18. US Engineer Brigade in den Rheinland-Kasernen von Ettlingen stationiert sind und Außenkommandos in Mannheim, Bad Kreuznach, Zuffenhausen, Grafenwöhr und Kaiserslautern unterhalten. Diese Baueinheiten sind darauf gedrillt, unter schwierigsten Bedingungen und mit schwerstem Gerät den US-Streitkräften Straßen, Bunker, Unterkünfte und Sicherungsanlagen überall dort zu errichten, wo amerikanische Militärstrategen solche Bauwerke in Frieden und Krieg hinbefehlen.

Gerüstet ist diese Hilfsarmee mit dem speziell für den Vietnam-Krieg entwickelten (und in Holland als Kriegswaffe geächteten) Gewehr M16A1 und der Pistole M1911A1. Die olivgrüne Arbeitsmontur entspricht der ehemaligen US-Uniform, die von den GIs noch während des Vietnam-Krieges getragen wurde. Das widerspricht zwar einer deutschamerikanischen Übereinkunft von 1957, wonach die "einheitliche Arbeitskleidung" der deutschen Arbeitnehmer "den Uniformen der Bundeswehr oder der im Bundesgebiet stationierten ausländischen Streitkräfte nicht ähnlich sein" dürfe.

Aber die US-Militärs stört das nicht, und wenn sie darauf angesprochen werden, erwähnen sie allenfalls den Umstand, daß es den amerikanischen Staat zu teuer käme, die abgelegte Vietnam-Kluft blau umfärben zu lassen. Und "manchem Kollegen", beurteilt ein gewerkschaftlich organisierter CSG-Mann aus Heidelberg illusionslos die Stimmung in einigen der 77 bundesdeutschen Einheiten, "wäre das auch gar nicht recht.

Die sind viel eher scharf darauf, die reguläre khakifarbene A-Uniform der US-Soldaten zu kriegen".

So scharf wie auf militärische Dienstgrade und Rangabzeichen, die den Hilfsgruppen ebenfalls versagt, unterderhand jedoch im Schwange sind - von silbernen Litzen bis zu Eichenkränzen. Obligatorisch ist allein das "Kognakwappen" auf dem linken Ärmel: drei fünfzackige Sterne über weißbrotem Streifenmuster.

Was der offiziell mit seiner Gehaltsgruppenbezeichnung titulierte CSG-Angestellte beim Militär wäre, wäre er beim Militär, bekommt jeder Neuling schon innerhalb der ersten vier Wochen beigebracht: der "ZB 6" gilt als Spieß, die nächst höheren Stufen als Oberleutnant (ZB 7), Hauptmann (ZB 8), Major (ZB 9), Oberstleutnant (ZB 10) und, mit maximal 5700 Mark Monatsverdienst der Spitzenreiter der deutschen CSG-Hierarchie, als Oberst (ZB 11).

Wer mehr als drei Jahrzehnte dabei ist wie Marian Furmanek, 58, "ZB 8" und "Section supervisor" bei einer Heilbronner CSG-Wacheinheit, spricht denn auch ganz ungeniert von "meinen Offizieren" und schwärmt wehmütig von der großen, wilden Zeit 1945 bis 1955 - den Jahren vor der Bonner Souveränität, als es "noch richtig schön militärisch" hergehen durfte beim "Labor Service", wie der Verein damals hieß.

Die ersten "Labor Service"-Einheiten, von Amerikanern wie Briten bereits während des Zweiten Weltkrieges aufgebaut, bestanden vornehmlich aus "displaced persons" - DPs, wie die durchs Nazi-Regime Verschleppten und Versprengten im Militärjargon hießen. Und schon am Tage der Kapitulation waren insgesamt 750 000 Deutsche und Italiener von den Amerikanern verpflichtet - vornehmlich geschlossene Wehrmachtseinheiten als "deutsche Dienstgruppen" (siehe Kasten Seite 60).

Übrig geblieben ist, an Masse wie an Gewicht, recht wenig. Die allmähliche Verringerung der US-Kampftruppen nach dem Kriege reduzierte zwangsläufig den Bedarf an Labor-Service-Leuten. Lucky Strikes und Bourbon und, was sonst noch bei den Amis abfiel, verloren an Reiz für deutsche Arbeitnehmer, als die Währungsreform die deutschen Läden füllte und der Wirtschaftsaufschwung die Arbeitslosen absorbierte. Viele Deutsche schließlich, die partout wieder eine Uniform anziehen wollten, zogen, als Mitte der fünfziger Jahre die Wiederbewaffnung beschlossen wurde, die Bundeswehr der amerikanischen Hiwi-Truppe vor.

Ein Vierteljahrhundert lang, "bis zum Beginn der jetzigen Arbeitslosigkeit", urteilt ein Veteran über die Personalentwicklung des erst vor zwei Jahren in "Civilian Support Groups" umbenannten US-Arbeitsdienstes, "kriegten wir häufig nur noch den Schrott, gute Leute mußte man mit der Kerze suchen".

Die Fluktuation bei neu aufgestellten Einheiten betrug häufig noch im vierten Jahr weit über 50 Prozent. Pleitiers aus allen Branchen, Schul- und Ausbildungsabbrecher, wohnungslose Waffennarren, sozial gestrandete Flüchtlinge, Aus- und Übersiedler aus dem Osten - im Getto der US-Kasernen addierte sich dieses Mannschafts-Milieu zu jenem anderen der übriggebliebenen DPs und Wehrmacht-Militärs.

Noch heute dienen, zumeist in höheren Positionen, ungefähr 1500 ehemalige DPs bei den CSG-Einheiten, noch immer gelten sie laut Selbsteinschätzung als "Grundstock der Civilian Support Organisation". Einer wie Marian Furmanek, der bis 1945 als Angehöriger der polnischen Exil-Armee unter Montgomery gegen die Deutschen

kämpfte, läßt die merkwürdigen Verwerfungen im Selbstverständnis ahnen, die dieser Dienst auf Dauer verursacht.

Besuchern seines 37-Mann-Detachements im vierten Stock der Heilbronner Wharton-Barracks gesteht er gern seine Lieblingsrolle als "westpreußischer Offizier". Die Anschläge an den Info-Brettern sind augenscheinlich mit dem Lineal ausgerichtet, die wie zum Appell hergerichteten Männer in der Wachstube wirken auf der Kippe zwischen militärischem und zivilem Ton.

Die Blumenkästen vor den Fenstern mildern nur scheinbar die Momentaufnahme einer Enklave von deutschem Kommiß inmitten einer Kaserne, deren untere Etagen sich wie eine Mischung aus Flüchtlingslager und Trainingszentrum der Harlem Globetrotters ausnehmen. Die Freund-Bilder bestätigen es: "Gute Soldaten, deutsche Kameraden", urteilt ein farbiger GI nach einem halben Jahr Germany.

Hinter solch angestrengtem Markieren verschworener Männergemeinschaft verbergen nicht wenige CSG-Leute eigenes Minderwertigkeitsempfinden ebenso wie die offenkundigen Unzulänglichkeiten ihres Jobs. Schwankend zwischen Para- und Paria-Gefühl, redet kaum einer in der Öffentlichkeit gern darüber, daß er - so ein schwäbischer Wachmann - "bei de Ami schafft".

Dafür sind in manchen Einheiten rechtsradikale Sprüche und manchmal auch Taten an der Tagesordnung, die vor den fremden Dienstherren keineswegs haltmachen. Einem "ZB 7" verhalfen seine zehn Dienstjahre zur schlichten Erkenntnis, es gebe "nichts Beschisseneres

als die Ami", die "amerikanische Völkervermischung" und den "farbigen Untermenschen".

Anderthalb Jahre, von Oktober 1981 bis April 1983, diente der deutsche Rechtsradikale Arndt Heinz Marx von der "Aktionsfront Nationaler Sozialisten" bei der 4230. CSG-Wacheinheit in Hanau. Er wurde bewaffnet und durfte die amerikanische Francois-Kaserne sowie Treibstofflager schützen, obwohl deutschen Sicherheitsbehörden längst bekannt war, daß Marx unmittelbar davor mit anderen Neo-Nazis, darunter Wehrsportgruppen-Chef Karl-Heinz Hoffmann, eine Guerilla-Ausbildung im Libanon genossen hatte.

Erst nachdem Marxens Gesinnungsgenossen Ende vergangenen Jahres zwei Bombenattentate gegen US-Soldaten in Butzbach und Darmstadt verübt hatten, feuerten die Amerikaner den NS-Propagandisten. Als ihn das Fernsehmagazin "Panorama" vor drei Monaten befragte, ob sich wohl noch mehr Rechtsradikale in der grünen Uniform verummumten, antwortete Marx ebenso knapp wie vielsagend: "Ja, ja."

Gewerkschaftlich organisierte Zivilbeschäftigte klagen seit langem über rechte CSG-Seilschaften, die Verbindungen bis in die Heidelberger Zentrale hätten und von dort nicht nur geduldet, sondern sogar gefördert würden. Sie kennen Einheitsführer, bei denen NS-Embleme im Dienstzimmer hängen, die ihre Arbeiter zur Inspektion an den Kasernenbetten strammstehen lassen und bei denen sich zum Beweis für Korpsgeist alle Männer den Kopf kahlscheren lassen, wenn der Chef es am Ende eines Saufabends vormacht.

Da helfen Sicherheitsüberprüfungen wenig, denn die verdienen kaum ihren Namen. Heidelberg kontrolliert die örtlich vorgenommenen Einstellungen lediglich daraufhin, ob der Neuling etwa früher schon mal dabeigewesen und aus triftigen Gründen gefeuert worden ist. Dann, so die amtliche Auskunft von Oberst Jon E. Porter, bis vor kurzem Chef der USAREUR direkt unterstellten "Civilian Support Agency", "werden wir ihn wahrscheinlich nicht wieder einstellen".

Wer von den gegenwärtig rund 4000 CSG-Wachleuten, davon 750 in West-Berlin, durch dieses grobmaschige Netz in die Nähe von Waffen und Munition gelangt ist, auf den wartet eine mindestens ebenso mangelhafte Ausbildung. Gerade zwei Wochen lang findet das "basic training" bei der 6950. CSG-Einheit statt, die in den Pulaski-Kasernen von Kaiserslautern stationiert und durch den militärischen Untertitel eines "Recruitment, Training and Logistic Center" geschmückt ist.

Notwehrrecht, zwei Tage theoretische, einen Tag praktische Waffenausbildung, ABC-Unterweisung mit Gaskammertest, Sanitätsunterricht mit dem Schwergewicht auf Einübung der "stabilen Seitenlage" - und fertig ist der Wachmann, der bereits drei Tage später mit Schutzanzug, Splitterweste und 14 Schuß Pistolen- oder 40 Schuß Gewehrmunition für Sicherheit sorgen darf.

In den Lehrgangspausen unterhalten die Ausbilder ihre Rekruten schon gern mal mit Sprüchen wie "Der erste in den Mann / mit dem zweiten schießt du warn". Und damit auch sonst kein ziviles Gefühl aufkommt, beschied Ausbilder Klaus Stein, "ZB 7" und Reserveoffizier der Bundeswehr, unlängst einen ÖTV-Vertreter, der Teilnehmer um Verbesserungsvorschläge bat, in beifallheischem Kasinoton: "Mal 'n paar neue Nutten an der B 40, das könnten die Männer brauchen."

Was die Wachleute selbst sehr viel dringender wünschen, sind indessen höhere Bezahlung und bessere Arbeitsbedingungen. So erhält der einfache Wächter amerikanischer Militäreinrichtungen gegenwärtig zwischen

1862 und 2100 Mark im Monat. Bei einer monatlichen Arbeitszeit von maximal 200 Stunden entspricht das einem durchschnittlichen Stundenlohn von rund zehn Mark - vier Mark weniger als beispielsweise den Wächtern an Baustellen deutscher Kernkraftwerke gezahlt wird.

Beim Bewachungspersonal eines US-Tanklagers in Neckarsulm recherchierten Gewerkschaftsvertreter Anfang des Jahres, daß zum Wochenende häufig das Telephon abgeschaltet und auch kein Funkgerät vorhanden ist. Die Kollegen von der 4074. CSG, die in Siegelsbach 37 Munitionsbunker bewachen, haben zwar solche Kommunikationsmittel, dafür aber kein Klo - ebenso wie jene Wachleute von der 4067. CSG im Munitionsdepot von Oberdachstetten. "Die müssen da gehen wie die Katz", zuckt ein fränkischer CSG-Mann die Achseln, und bei 30 Grad Hitze werde es in der Wachbude oft so heiß, "da kocht die Limo, und der Limburger läuft unter der Tür "naus".

Doch solche Hygiene-Mißstände, die jedem Bauunternehmen prompt die Gewerbeaufsicht auf den Hals holten, erscheinen nachgerade als läßliche Sünden gegenüber den zahllosen Sicherheitsschludereien. Durchlöcherne Zäune rund um Munitionsdepots, fehlende Beleuchtung, Alarm- und Überwachungsanlagen, übermüdete, angetrunkene und schlecht ausgebildete Wachleute sind nicht nur Kernpunkte gewerkschaftlicher Kritik, die dem Bundesinnenminister seit Jahren vorliegt - sie alarmierten auch den zuständigen Berater des US-Verteidigungsministers, der ob solcher Unzulänglichkeiten Anfang des Jahres über "buchstäblich schlaflose Nächte" klagte.

Mehr als einhundert Kilogramm Sprengstoff verschwanden vor zwei Jahren spurlos aus dem US-Munitionslager Wildflecken (Schutzobjekt der 4230. CSG). Aus einem Depot bei Butzbach, bewacht von derselben Einheit, stammt nach polizeilichen Erkenntnissen die Pistole vom Kaliber .22, mit der 1981 der hessische Wirtschaftsminister Heinz Herbert Karry ermordet wurde.

Die zuständigen Schutzmacht-Kommandeure scheint das alles wenig zu rühren. Sie haben, nachdem die ÖTV im Januar an einigen Kasernentoren streiken ließ, ein paar Zäune repariert, ein paar Mark zugelegt, ein paar neue Dienstanweisungen erlassen und ihre deutschen Untergebenen ansonsten zu striktem Stillschweigen vergattert. Tarifverhandlungen führen die Stationierungstreitkräfte ohnehin nicht selber, sondern lassen, freilich in Übereinstimmung mit dem Gesetz, diesen Formelkram durchs Bundesfinanzministerium erledigen. Und das, sagt Hans Sandritter von der Heidelberger Hauptbetriebsvertretung der Zivilbeschäftigten, "deckt jede US-Position hundertprozentig".

Neuerlicher Streikgefahr haben die Amerikaner postwendend vorgebeugt: In allen Stationierungsorten kommandierten sie ihre hilfsunwilligen Wachleute zu Not- und Bereitschaftsdienst, um damit den Arbeitskampf faktisch zu verbieten. Dieses Wildwest-Verfahren wies das von der ÖTV angerufene Bonner Arbeitsgericht zwar als unzulässig zurück und gab dem Bundesfinanzminister auf, "die Stationierungstreitkräfte der Vereinigten Staaten dahingehend zu beraten, daß nach deutschem Arbeitsrecht einseitige vom Arbeitgeber vorgenommene pauschale Notdienstbestellungen ... rechtsunwirksam sind und der Aufhebung bedürfen".

Doch auch die Bonner Arbeitsrichter konnten sich der Einsicht nicht verschließen, daß fremde Macht wohl letztlich über deutsches Arbeitsrecht gehen wird - wofür in der Urteilsbegründung der trotzig-resignative Satz steht: "Die hohe Wahrscheinlichkeit, daß ein Titel auch im Wege der Vollstreckung nicht durchgesetzt werden kann, steht seinem Erlaß nicht entgegen."

Heinrich Linden, zuständiger Sekretär bei der ÖTV-Hauptverwaltung, meint, daß es "gegenwärtig keine Arbeitnehmergruppe in Deutschland gibt, die so wenig Rechte hat wie die Zivilbeschäftigten der Stationierungstreitkräfte".

Daß ein Teil dieser Beschäftigten wie eine Reservearmee bewußt in der Grauzone zwischen zivilen und soldatischen Aufgaben geparkt wird, einer "rasanten Militarisierung" (Linden) ausgesetzt ist und der häufig genung auch noch applaudiert, offenbart das gewerkschaftliche Dilemma: Einerseits steckt in den CSG-Einheiten ein militärisches Potential auch für den Krisenfall, andererseits schafft das Aufrüstungsklima gerade in diesem Bereich Konjunktur.

Bis spätestens 1987 sollen sechs neue CSG-Einheiten mit rund 5000 Mann aufgestellt und damit die Organisation auf eine Gesamtstärke von 17 000 Mann gebracht werden. War der Hiwi-Dienst bislang auch für ältere und wehruntaugliche Leute zugänglich, so mehren sich jetzt die Anzeichen dafür, daß vornehmlich Wehrpflichtige und Wehrtüchtige eingestellt und dann automatisch vom Bundeswehr-Dienst freigestellt werden. Fast ein Drittel ihrer "local nationals" und sämtliche CSG-Angehörige hat die US-Armee gegenüber den Kreiswehrrersatzämtern auf Sammel Listen als "mission essentials" und damit als unabkömmlich deklariert.

Einsatz und Aufgabenzuweisung der neuen Kompanien regelt der vertrauliche "Ammunition CONPLAN 82" der US-Armee. Danach soll "innerhalb dieses Aufmarschgebietes" eine "aus US- und CSG-Personal bestehende

Mischstruktur" entwickelt werden, "um den Munitionsnachschubauftrag in Friedenszeiten zu erfüllen und für einen (Bei der Inspektion durch US-Generalmajor) (Numa A. Watson.)

raschen Übergang für Kriegszeiten Vorsorge zu treffen". Dieses CONPLAN-Papier spricht erstmals offen von der "Durchführung von Kriegsplanungen", zu der die vorgeblichen Zivilisten eingesetzt werden sollen.

Den Hintergrund liefert das vor anderthalb Jahren zwischen Bonn und Washington geschlossene "Wartime Host Nation Support"-Abkommen (WHNS). Danach soll "in Krise oder Krieg" die gastgebende Bundesrepublik den binnen zehn Tagen zusätzlich eingeflogenen sechs US-Divisionen militärische und zivile Unterstützung gewähren - beispielsweise.

- * bei "Transport-, Umschlag- und Nachschubleistungen";
- * beim "Abtransport von Verwundeten" und der "Übernahme von Kriegsgefangenen";
- * bei der "Dekontamination von Personal und Material"

sowie

- * durch "Eingliederung der Mitglieder des Labor Service der in der Bundesrepublik Deutschland stationierten US-Streitkräfte, die der Wehrpflicht in der Bundesrepublik Deutschland unterliegen, in die zur Unterstützung der US-Streitkräfte gebildeten Einheiten der Bundeswehr."

Insgesamt will die Bundeswehr zur Erfüllung des WHNS-Abkommens in den nächsten Jahren rund 93 000 Reservisten ausbilden und Mobilmachungs-Formationen zuordnen, um den US-Soldaten zur Hand zu gehen. Schließlich sehen die "Modellrechnungen" des "militärischen Unterstützungskonzepts", penibel im Bundesgesetzblatt notiert, maximal 1725 Verwundete täglich vor, die abtransportiert, bis zu 200 Kriegsgefangene, die übernommen, und 34 000 ABC-verseuchte Personen, die dekontaminiert sein wollen.

Durch die deutsche Ziviltruppe der US-Armee, ohne Kombattantenstatus und deshalb für die ost-westliche Soldaten-Arithmetik tabu, geht derweil wie schon einmal Anfang der fünfziger Jahre das Gerücht, demnächst werde der ganze Haufen umuniformiert und zur Bundeswehr übernommen. Als Indiz gilt den Helfern, daß CSG-Führer ab "ZB 9" gegenwärtig um vorläufige Offizier-Dienststränge bei der Bundeswehr einkommen können.

Daß es der Krise oder gar des Krieges bedarf, damit daraus offizielle Dienstgrade beim deutschen Dienstherrn werden, hat den CSGLern noch niemand gesagt.

Bei der Inspektion durch US-Generalmajor Numa A. Watson.

DER SPIEGEL 1/1984

Alle Rechte vorbehalten Vervielfältigung nur mit Genehmigung der SPIEGEL-Verlag Rudolf Augstein GmbH & Co. KG.

Dieser Artikel ist ausschließlich für den privaten Gebrauch bestimmt. Sie dürfen diesen Artikel jedoch gerne verlinken.

Unter <http://corporate.spiegel.de> finden Sie Angebote für die Nutzung von SPIEGEL-Content zur Informationsversorgung von Firmen, Organisationen, Bibliotheken und Journalisten.

Unter <http://www.spiegelgruppe-nachdrucke.de> können Sie einzelne Artikel für Nachdruck bzw. digitale Publikation lizenzieren.